

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags, 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. 50 Pf. für 10 Nummern. Einzelnummern 20 Pf. Die Kosten für den Transport sind nicht inbegriffen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Postfach 2640. Der Verlag ist in Wilsdruff, Postfach 2640. Der Druck ist in Wilsdruff, Postfach 2640.

Wilsdruff-Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Postfach 2640. Der Verlag ist in Wilsdruff, Postfach 2640. Der Druck ist in Wilsdruff, Postfach 2640.

Nr. 6. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden. — Donnerstag den 8. Januar 1925.

Ein Dokument der Gewalt.

Ja das alles? In den letzten Wochen waren die englischen und namentlich die französischen Zeitungen wieder einmal gestrichen voll von allerhand Märchen über die angeblichen Rüstungen Deutschlands. Unangenehm war es nur, daß liberale englische Zeitungen der Wahrheit etwas mehr die Ehre gaben und auf das Lächerliche der Schauermärchen hinwiesen. Die Note über die Nichträumung Kölns der fünf Mächte der Völkerkonferenz, England, Frankreich, Italien, Japan und Belgien, ist nun überreicht worden und denkt gar nicht daran, auch in der Anlage nicht, für die Behauptungen, die sie aufstellt, den geringsten Beweis zu erbringen. Sie behauptet vielmehr nur, daß der Artikel 129 des Versailler Vertrages nicht erfüllt sei, deshalb also an eine Räumung der ersten Zone nicht gedacht werden könne; die beanstandeten Nichterfüllungen des Versailler Vertrages durch Deutschland können bis zum 10. Januar auch nicht beseitigt werden. Die Note hebt sechs verärgerte Verletzungen des Vertrages durch Deutschland hervor. Zunächst wird behauptet, daß der große Generalstab der Armee in einer anderen Form wiederhergestellt worden sei. Auf diese Behauptung auch nur mit einem Wort zu erwidern, ist um so überflüssiger, als die gesamte Reinerziehung der deutschen Reichswehr von ihrem Chef des Generalstabes bis zum letzten Soldaten unter den Augen und mit der Genehmigung der Entente vollzogen worden ist. Aber die Behauptung ist Hunderte von Malen in französischen Zeitungen erschienen und fröhlich in die Note übernommen worden. Des weiteren sollen angeblich Freiwillige auf kurze Zeit eingezogen und ausgebildet worden sein. Hier sieht man die Spuren von Behauptungen, die oft genug gefallen sind und die einmal vor Jahren wahr waren, als es noch das Institut der Zeitfreiwilligen gab. Der Einwurf ist übrigens besonders lächerlich, da die Ausbildung für einen modernen Krieg überhaupt nicht in ein paar Wochen geschehen kann.

Der dritte Vorwurf bezieht sich auf den Artikel 168 des Versailler Vertrages, wonach die Umstellung der Kavallerie, die sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt hatten, möglichst schnell durchgeführt werden muß. Das sei nicht geschehen, bei weitem noch nicht geschehen, wie die Note behauptet, — was eigentlich für Herrn Wolff, der vier Jahre hindurch Vorsitzender der zahllosen Kontrollkommissionen war, recht peinlich sein müßte, da es ein überaus schlechtes Licht auf seine Tätigkeit wirft. Ganz besonders deutlich bei diesem Punkt tritt die Heuchelei dieser „Begründung“ hervor, denn Kriegsmaterial ist schließlich alles, was die Industrie herstellt, und ein englisches liberales Blatt wies höflich darauf hin, daß man den Deutschen eigentlich die ganze industrielle Tätigkeit verbieten müsse, wenn jene Bestimmung des Versailler Vertrages restlos erfüllt werden sollte. Weiter bemängelt die Note, daß die deutsche Polizei noch nicht umorganisiert worden sei. Das bezieht sich vor allem darauf, daß ein Teil der Schwabinger Infanterie ist. Die deutsche Regierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß angesichts der numerischen Schwäche der Entente und bei der Gefahr kommunistischer Aufstände eine nichtumorganisierte Polizei von vornherein verloren sei. Und im übrigen hat sich die Entente seit 4 1/2 Jahren um die ganze Angelegenheit nicht mehr gekümmert.

Das Falsche ist der letzte Vorwand, den die Note nimmt: die deutsche Regierung habe entgegen dem Artikel 211 des Versailler Vertrages noch längst nicht alle von den alliierten Regierungen geforderten gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen getroffen. Das klingt großartig, ist aber falsch, denn der Artikel 211 sagt lediglich ganz allgemein, daß die deutsche Regierung in drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages die deutsche Gesetzgebung durch die erforderlichen Abänderungen zu vervollständigen und in Übereinstimmung mit den Anordnungen des Versailler Vertrages zu bringen hat.

Die Behauptung der Note, daß bei der militärischen Ausrüstung überzählige Bestände jeder Art festgestellt, vor allem aber unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial in bedeutendem Maße entdeckt worden seien, ist schon vor einigen Tagen durch den Reichswehrminister Gehrke in dem Fall widerlegt worden. Die Note soll ja nun ergänzt werden durch die Übermittlung des Berichts der internationalen Kontrollkommission. Je mehr man über deren Tätigkeit hört, desto kräftiger Beispiele erfährt man für das Herumsuchen dieser Kommission auch im letzten Dorf, in der letzten Fabrik. Überall suchte man Überreste des Versailler Vertrages und — u. u. h. t. e. — sie einzufinden. Gleichgültig, ob sie da waren oder nicht. Denn schon ehe der Bericht fertig war, hatte sich ja Lord Curzon im Anfang Dezember mit Herriot darüber geeinigt, daß Köln nicht geräumt werden soll. Man hat nicht einmal den Mut, die Gewaltmaßregeln damit zu begründen, wozu man sie braucht, nämlich ruhig zuzugestehen, daß die Engländer die Rheinzone nicht verlassen wollen, solange die Franzosen im Ruhrgebiet stehen. Es ist vielfache Tragikomie, wie die „Begründung“, die Poincaré für den Einbruch in das Ruhrgebiet anwandte. Damals hat England wenigstens die Gewalt als

Reichs- und Preußen-Kabinettskrise.

Keinen Schritt weiter gekommen ist die Lösung der Frage, wie denn nun eigentlich die neue Reichsregierung aussehen soll. War man gestern der Ansicht, durch den Eintritt der deutschnationalen nachstehenden Herren v. Aries und Neuhaus in das geplante überparteiliche Kabinetts sei ein tadelloser Zustand gekommen der neuen Regierung wahrscheinlich, so wurde diese Annahme durch die bald erfolgte Absage der beiden Kandidaten an den Kanzler Marx als hinfällig erkannt. Die Herren v. Aries und Neuhaus gaben keine nähere Begründung ihrer ablehnenden Haltung, sie vertiesse nur auf die allgemeine politische Lage. Jedoch wird angenommen, daß sie einer Meinung ihrer Partei gefolgt sind, die sich mit einer solchen Abfindung nicht zufrieden gebe. Inzwischen hat sich die angesichts der Pariser Note über die Nichträumung der Kölner Zone kaum noch länger haltbare Situation insofern etwas verschoben, als das Hauptgewicht der Entscheidungen nunmehr auf Preußen übergegangen ist. Der Amtliche Preussische Pressedienst berichtet über einen Empfang der Koalitionsführer in Preußen, Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten, durch den Ministerpräsidenten Brauns. Nach dem Bericht sollten die Sprecher der Deutschen Volkspartei dabei den Standpunkt vertreten haben, daß aus Grund des Artikels 45 der Preussischen Verfassung die Regierung zurücktreten müsse, um dem Landtag die Gelegenheit zur Neuwahl des Ministerpräsidenten zu geben. Die Vertreter der drei anderen Fraktionen hätten erklärt, daß nach ihrer Ansicht sich aus dem Artikel 45 keineswegs die Notwendigkeit für den Rücktritt des preussischen Kabinetts ergäbe. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten daraufhin die Erklärung formuliert haben, daß sie aus diesen Auffassungen die Konsequenz ziehen müßten, ihre beiden Minister aus dem Kabinetts zurückzuziehen, um damit die Demission des Gesamtkabinetts herbeizuführen. — Der Artikel 45 sagt lediglich, der Ministerpräsident für Preußen wird durch den Landtag gewählt. Der Gewählte erneuert die übrigen Minister.

Gegenüber diesem amtlichen Bericht veröffentlicht eine Korrespondenz nun eine, wie sie sagt, von der Deutschen Volkspartei stammende Darstellung, nach welcher der Bericht unrichtig sei. Die Behauptung sei unrichtig, die Fraktion beschuldige, ihre beiden Minister zurückzuziehen, um den Kabinettsrücktritt zu erzwingen. Die Volksparteier hätten nur gesagt, es sei selbstverständliche verfassungsgemäße Pflicht des Kabinetts, nach der Neuwahl zurückzutreten, damit der Landtag von seinem vielleicht wichtigsten Rechte, der Wahl des Ministerpräsidenten, Gebrauch machen könne. Sollte das Kabinetts dieser verfassungsrechtlichen Pflicht nicht nachkommen, so würden die volksparteilichen Minister unter allen Umständen die Verfassung beachten und ihrerseits zurücktreten. Nur in diesem Gebanengang sei die Demission angefündigt. Jedensfalls nehmen an der heute abend stattfindenden Kabinettsitzung, welche den Beschluß darüber bringen soll, ob das jetzige Preußenkabinetts vor den Landtag treten und sein Verbleiben im Amt oder Rücktritt, kämpfen wird, die beiden volksparteilichen Minister noch teil. Von der Entscheidung für Preußen — das wird jetzt allgemein zugegeben — hängt die Regierungsbildung im Reich wesentlich ab.

Kein Rücktritt des Preußenkabinetts. — Die volksparteilichen Minister ausgetreten.

Eigener Fernsprecherbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 7. Januar. In der gestrigen Nachmittagsitzung des preussischen Gesamtkabinetts teilten sämtliche Kabinettsmitglieder mit Ausnahme der volksparteilichen Mitglieder Dr. von Richter und Dr. Voelck die Ansicht des Ministerpräsidenten Brauns, daß die Neuwahl des Landtages den Rücktritt des Kabinetts nicht erfordere. Daraufhin erklärten die volksparteilichen

Minister, daß der Einbruch Gewalttat war. Wir sind nur die Verfolgten und uns stehen Kläger und Richter in einer Person gegenüber. Hoffentlich gewöhnt sich nun auch der letzte Deutsche es ab, mit einem „Ja“ zu antworten, wenn man zu rechnen, die seit 1919 uns gegenüber immer nur ein Mittel hatten: die Gewalt. Von den Versprechungen, die Herriot und Macdonald anlässlich der Herbeiführung der jetzt beendeten Militärkontrolle dem Reichskanzler Marx gegenüber schriftlich geäußert hatte, ist nichts übrig geblieben, sie sind verwehrt, wie alle Versprechungen verwehrt sind seit Wilsons 14 Punkten.

Vorläufige deutsche Antwort.

Zu der Note der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der ersten Rheinlandzone wird halbamtlich erklärt, daß sich die Note offenbar die Vorwürfe zu eigen macht, die insbesondere in der französischen

Minister ihren Austritt aus dem Kabinetts. Das Kabinetts wird nicht aufgelöst.

Reichskanzler Dr. Marx fordert eine Entscheidung der Deutschnationalen.

Eigener Fernsprecherbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 7. Januar. Reichskanzler Dr. Marx hat gestern in Besprechungen mit den Koalitionsführern die Absicht geäußert, auf eine schnelle Lösung der Regierungskrise zu drängen. Er will deshalb heute Mittwoch in neuen Verhandlungen eine endgültige Entscheidung der deutschnationalen Fraktion verlangen.

Für eine bürgerliche Regierung.

Eigener Fernsprecherbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 7. Januar. Der „Tag“ berichtet: Wie wir hören, haben die der Landwirtschaft angehörenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Landtages gestern abend eine Sonder Sitzung abgehalten und beschlossen, die Zentrumsfraktion des Reichstages und des Landtages zu ersuchen, die Grundlagen für die Bildung einer bürgerlichen Reichsregierung nochmals nachzuprüfen.

Die Reichsregierung und der Auswärtige Ausschuss zur Entwaffnungsnote.

Eigener Fernsprecherbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 7. Januar. Wie der „Volkswacht“ hört, beabsichtigt Außenminister Dr. Stresemann, heute den Parteiführern von der Stellungnahme des Kabinetts zu der Räumungsnote Mitteilung zu machen. Sobald die in der deutschen Note geforderten bestimmten Angaben der Alliierten hier eingetroffen sein werden, soll dann der Auswärtige Ausschuss zusammentreten und über die weiteren Maßnahmen beraten.

Zuspitzung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 7. Januar. Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat gestern abend an die französische Presse folgende Mitteilung ausgegeben: „Die deutsche Regierung hat Staatssekretär v. Trendelenburg aufgefordert, mit dem Kabinetts sofort über den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Modus vivendi sowie über die anderen Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen ergeben haben, zu beraten. Der Vorsitzende der deutschen Delegation ist gestern abend nach Berlin abgereist. Die deutsche Delegation und die Sachverständigen werden trotzdem ihre Arbeiten fortsetzen.“ Immerhin ist aber eine überaus ernste Krise entstanden. Wie der Vertreter der Union noch erzählt, werden sich die Sachverständigenberatungen hauptsächlich auf die französischen Zollsätze beziehen, in denen man bis Freitag vollständige Klarheit zu schaffen hofft. Staatssekretär v. Trendelenburg hofft, bei seiner Rückkehr die deutsche Antwort auf die französischen Vorschläge vorlegen zu können.

Die ausländischen Teilnehmer an der Finanzministerkonferenz in Paris eingetroffen.

Eigener Fernsprecherbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 7. Januar. Der belgische Ministerpräsident Theunis ist gestern abend in Paris eingetroffen. Am Nachmittag langte auch die vollständige italienische Delegation an. Zu ihrer Begrüßung war auf dem Bahnhof der Finanzminister Clementel erschienen.

Preise seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Generalkonferenz und der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone erhoben worden sind. Diese in der Note zusammengestellten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Widerlegung dieser Vorwürfe so lange zurückzustellen, bis ihr die angeforderten näheren Mitteilungen gemacht sind, und gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß dies bald geschieht.

Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Überzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Mahnahme wie die Verhängung der Besetzung der ersten Rheinlandzone rechtfertigen kann.

Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.